

# Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit.

Bundestagswahl am 18. September

## Die Entscheidung ist gefallen.

**Bundespräsident Horst Köhler hat den Deutschen Bundestag vorzeitig aufgelöst und für den 18. September 2005 Neuwahlen angesetzt.**

Das Staatsoberhaupt folgte damit nach fast drei-

wöchiger Prüfung dem Vorschlag von Bundeskanzler Gerhard Schröder, der mit seiner am 1. Juli verlorenen Vertrauensfrage den Weg für Neuwahlen bereitet hat.

Der Bundespräsident sprach in einer Fernseh- ▶

### INHALT

Unterstützerkampagne –  
„teAM Zukunft“ kämpft  
um jede Stimme  
Seite 4-5

Dokumentation  
„Das ist dran an den  
rot-grünen Behauptungen  
zum Regierungsprogramm  
der Union“  
Innenteil

## HEUTE AKTUELL

■ Parteiplakate? Jetzt noch bestellen! (S. 3) ■ A. Schavan zu PISA: „Die Ost-West-Schere geht zusammen!“ (S. 6) ■ M. Böhmer: PISA zeigt Überlegenheit der Bildungspolitik der Union (S. 7) ■ Beschluss des Gesprächskreises Sport von CDU und CSU (S. 8 – 10) ■ Angela Merkel zu Truppenbesuch im Kosovo (S. 11) ■ Der Film – ein wichtiges Kulturgut – Bericht über den CDU-Filmempfang (S. 12) ■ P. Götz: Deutschland wieder handlungsfähig machen (S. 13 – 14) ■ Angela Merkel zu Besuch im Elysée-Palast (S. 13) ■ S. Kampeter: Haushaltsrisiko Arbeitsmarkt (S. 14) ■ U. Heinen: Verbesserungswürdige Lebensmittelsicherheit (S. 14-15) ■ H. Koschyk/Thomas Strobl: Flucht aus der Verantwortung nach der Schily-Methode: Die Mitarbeiter sind schuld (S. 15-16) ■ K. Reiche/M. Kretschmer: Schwerer Schlag gegen Industrieforschung Ost (S. 16)

► ansprache von gewaltigen Aufgaben, vor denen Deutschland stehe und für die es eine Regierung brauche, die ihre Ziele mit Stetigkeit und Nachdruck verfolgen könne. „Unsere Zukunft und die unserer Kinder steht auf dem Spiel“, sagte der Präsident. Millionen Menschen seien arbeitslos. Die öffentlichen Haushalte seien in einer nie da gewesenen kritischen Lage. Die bestehende föderale Ordnung sei überholt. „Wir haben zu wenig Kinder, und wir werden immer älter.“ Kanzler Schröder habe vorgebracht, dass er nicht mehr von einer stetigen Mehrheit im Parlament für seine Politik ausgehen könne. „Ich bin davon überzeugt, dass damit die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Auflösung des Bundestages gegeben sind“, sagte Köhler.

Die Kanzlerkandidatin der Union, Angela Merkel, begrüßte die Neuwahlentscheidung des Bundespräsidenten. Deutschland nutze zur Zeit seine Chancen nicht, erklärte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und ver-



Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, begrüßt den Schritt zur Neuwahl.

wies dabei auf die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit, die Insolvenzzahlen und die dramatische Staatsverschuldung. „Damit müssen und dürfen wir uns nicht abfinden“, betonte Angela Merkel. An die Wählerinnen und Wähler gerichtet sagte die CDU-Vorsitzende: „Wir können es schaffen.“ Deshalb „bitte ich Sie, dass wir gemeinsam den Weg für ein besseres Deutschland gehen, in dem die Menschen ihre Chancen wieder nutzen können“.

Das Regierungsprogramm von CDU/CSU finden Sie auf [www.regierungsprogramm.de](http://www.regierungsprogramm.de)

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: [uid@cdu.de](mailto:uid@cdu.de), Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: [oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de](mailto:oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de). Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

# Parteiplakate? Jetzt noch bestellen!

Wie in jedem großen Wahlkampf hat die Bundesgeschäftsstelle auch für diese Bundestagswahl Parteiplakate im A1- und A0-Format vorbereitet.

Es ist eine Paket mit 8 Plakatmotiven zusammengestellt worden:

- 4 Angriffsmotive – 4 Typoplakate
- 3 Mobilisierungsmotive – 1 Typoplakat und 2 Motivplakate
- 1 Kanzlerkandidatenmotiv Merkel

Die Vielzahl der Plakate dient der größeren Auswahl. Wenn es beispielsweise in einer Region viele Firmenpleiten gibt, dann wäre das Angriffsplakat „Alle 15 Min. eine Firmenpleite“ besonders gut geeignet.

Bei der Plakatauswahl sollte darauf geachtet werden, dass von den Angriffs- und von den Mobilisierungsplakaten mindestens jeweils ein Motiv neben dem Kanzlerkandidatenplakat eingesetzt wird.

Die Bestellabgabe für die Grundausrüstung ist am 21. Juli 2005 abgeschlossen worden. Wenn in Einzelfällen noch zusätzlicher Bedarf an Plakaten besteht, so sind diese weiterhin in kleineren Mengen verfügbar. Alle 8



CDU-Generalsekretär Volker Kauder im Abstimmungsgespräch über die Parteiplakate.

Plakatmotive können gegen Rechnung bestellt werden. 100 Plakate kosten 20,00 Euro zzgl. MwSt. und Versand. Der Preis gilt für DIN A1 und DIN A0 Plakate.

- Bestellungen sind zu richten an yvonne.herrmann@cdu.de oder per Fax an (030) 220 70 389.

Die einzelnen Motive finden Sie auf Seite 17.

Unterstützerkampagne

# „teAM Zukunft“ kämpft um jede Stimme

**Knappe sechstausend Stimmen Vorsprung vor der Union hatte die SPD bei der letzten Bundestagswahl – das entspricht gerade einmal 27 Stimmen Vorsprung in jedem Wahlkreis.**

Damit sich das nicht wiederholt, setzt die Union auf neue und innovative Ideen im anstehenden Bundestagswahlkampf. Wie bereits im UiD Nr. 20/05 angekündigt, wurde im Konrad-Adenauer-Haus die so genannte „Unterstützer-Kampagne“ ins Leben gerufen. Nachdem die ersten Arbeitsstrukturen festgelegt worden waren, ist die Kampagne mittlerweile auf den Markennamen „teAM Zukunft“ getauft worden. Mit diesem Namen verbinden sich vier Assoziationen: der Teambegriff, die Initialen der Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel und der positiv besetzte Begriff Zukunft. Gleichzeitig wird durch die in das Logo integrierte Flagge daran erinnert, dass es um die Zukunft Deutschlands geht. „Die Stärke der CDU waren immer die Menschen, die sich aktiv für die Partei eingesetzt haben“, beschreibt der Bundesge-



Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel mit Mitgliedern des „teAM Zukunft“ in der CDU-Bundesgeschäftsstelle

schaftsführer der CDU Deutschlands Johannes von Thadden bei der Teamleitungsschulung der Landesverbände Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im Konrad-Adenauer-Haus die großen Chancen dieses Projekts. Durch eine möglichst große Beteiligung soll so ein „kraftvolles Signal für den Wechsel an die Bürger und die Medien gesendet werden“.

Hauptaufgabe des „teAM Zukunft“ ist es, alle Menschen anzusprechen, die bereit sind an einem politischen Neuanfang in Deutschland mitzuwirken. Denn mitmachen kann jeder!

Das NRW-Team hat diese Methode der direkten Einbindung aller Anhänger bereits im Landtagswahlkampf 2005 in Nordrhein-

Westfalen mit großem Erfolg durchgeführt. Unter dem Motto „Gemeinsam kämpfen, gemeinsam gewinnen für NRW“ konnten über zehntausend Unterstützer für die CDU gewonnen werden, welche auf Veranstaltungen, auf der Straße, bei Freunden oder verschiedenen anderen Aktionen für die CDU warben.

**Gemeinsam  
kämpfen – gemeinsam  
gewinnen**

Das Konrad-Adenauer-Haus in Berlin übernimmt die Gesamtkoordination dieses innovativen Wahlkampf-instruments in enger Zusammenarbeit mit 17 Landeskoordinatoren. Für den Bundestagskandidaten sowie die

Landes- und Bundeskoordinatoren sind die 254 Teamleiter in den Wahlkreisen primärer Ansprechpartner. Um das ehrgeizige Ziel einer hohen fünfstelligen Zahl von Unterstützern zu erreichen werden alle Kommunikationskanäle genutzt. Eine wichtige Rolle spielt die eigene für die Kampagne programmierte Internetseite. Darauf findet man alle wichtigen Informationen rund um die Kampagne wie auch Flugblätter zum Download und die Möglichkeit, sich über das Internet als Teammitglied anzumelden. Besonders wichtig ist die persönliche Ansprache. Deshalb wird das „teAM Zukunft“ bei möglichst vielen Veranstaltungen der Union präsent sein und Unterstützer rekrutieren.

Durch das „teAM Zukunft“ wird der Einsatz der Wahlkampfteams noch effektiver und flexibler, wodurch besser auf die immer spätere Wahlentscheidung der Bürger reagiert werden kann und zudem durch die direkte, persönliche Ansprache der Wähler ein Korrektiv zur Medien- und Meinungsmacht der SPD geschaffen wird.

Die Unterstützer können vor allem in der „heißen Wahlkampfphase“ zwischen Ende Juli und September beispielsweise durch gezieltes Telefonmarketing, Hausbesuche, Gegnerbeobachtung oder auch durch kreative andere Aktionen auf sich und die CDU aufmerksam machen.

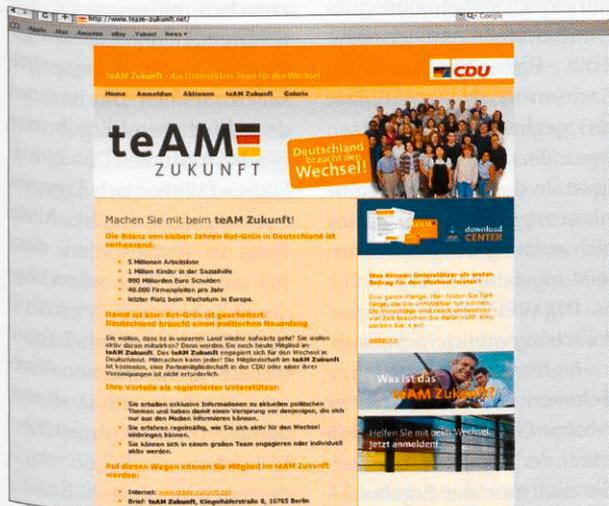


Die Aktivitäten des „teAM Zukunft“ bringt für alle Beteiligten viele Vorteile: Die Unterstützer erhalten durch ihre Mitgliedschaft im „teAM Zukunft“ zusätzliche aktuelle Informationen, exklusive Werbeartikel und durch das attraktive Bonus-System für besonders fleißige Mitglieder die Chance auf verschiedene Prämien. Die Kandidaten für die Bundestagswahl erhalten motivierte Unterstützer, eine zusätzliche Wählermobilisierung und vielleicht sogar neue Mitglieder für die CDU. Und neben dem nötigen Engagement auch jede Menge Spaß für alle!

Anmelden kann sich jeder im Internet unter <http://www.team-zukunft.net>, per E-Mail an [info@team-zukunft.net](mailto:info@team-zukunft.net) oder einfach per Postkarte an das teAM Zukunft, Klingelhöfer-Str. 8, 10785 Berlin.

Das „teAM Zukunft“ Logo steht Ihnen als Button für die Werbung im Internet zum Download bereit:

<http://www.team-zukunft.net/download-center.htm>



teAM Zukunft | CDU

teAM ZUKUNFT

Deutschland braucht den Wechsel!

Machen Sie mit beim teAM Zukunft!

Die Allianz von sieben Jahren Rot-Grün in Deutschland ist veraltet!

- 5 Millionen Arbeitslose
- 1 Million Kinder in der Sozialhilfe
- 300 Millionen Euro Schulden
- 40.000 Firmenpleiten pro Jahr
- Nicht Platz beim Wachstum in Europa

Dabei ist kein Rot-Grün gut geworden. Deutschland braucht einen politischen Neuanfang.

Sie wissen, dass es in unserem Land nicht aufwärts geht! Sie wollen aber etwas machen? Dann werden Sie auch heute Mitglied im teAM Zukunft. Das teAM Zukunft engagiert sich für den Wechsel in Deutschland. Menschen kann geben Sie Mitgliedschaft im teAM Zukunft im Internet, eine Personalmemberschaft in der CDU oder einer ihrer Vorposten ist nicht erforderlich.

Esne Vorteile als registrierter Unterstützer:

- Sie erhalten exklusive Informationen zu aktuellen politischen Themen und können direkt einen Vorschlag vorbringen, der sich nur aus den Medien informieren können.
- Sie erhalten regelmäßig, wie Sie sich mehr für das Wachstum kümmern können.
- Sie können sich in einem großen Team engagieren oder individuell aktiv werden.

Auf diesem Weg können Sie Mitglied im teAM Zukunft werden:

- Internet: [www.team-zukunft.net](http://www.team-zukunft.net)
- Brief: teAM Zukunft, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin
- Telefon: 030-200 70 200

# „Die Ost-West-Schere geht zusammen!“

Anlässlich der Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-E-Studie sprach Joachim Peter von der Zeitung „DIE WELT“ mit der Koordinatorin für Bildung und Wissenschaft der unionsgeführten Länder, Baden-Württembergs Kultusministerin Annette Schavan.

**DIE WELT:** Frau Schavan, die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft behauptet, dass überall dort, wo schlechtere sozio-ökonomische Verhältnisse herrschen, kein Bildungserfolg möglich ist. Beweist Sachsen-Anhalt nun nicht das Gegenteil?

**Annette Schavan:** Die neue PISA-Studie zeigt, wie falsch diese These ist. Den größten Zuwachs an Leistung und Qualität verzeichnet Sachsen-Anhalt, das gleichzeitig 18,8 Prozent Jugendarbeitslosigkeit hat. Der behauptete Zusammenhang und der damit verbundene Fatalismus im Blick auf das, was Bildung bewirken kann, ist jetzt wirklich widerlegt.

**DIE WELT:** Was hat man in Sachsen-Anhalt besser gemacht als in anderen Bundesländern?

**Schavan:** Sachsen-Anhalt hat der Bildung in der Landespolitik Priorität eingeräumt und konsequente Bildungsrefor-



Annette Schavan

men angestrengt. Diese Reformen sind so angelegt, dass sie sich nachhaltig auswirken.

**DIE WELT:** Zeigt sich hier, dass das gegliederte Schulsystem doch reformierbarer ist als das integrative Gesamtschulsystem?

**Schavan:** Am Beispiel Sachsen-Anhalt beweist PISA nun (überhaupt am Beispiel der vier Spitzenländer in Deutschland, nämlich Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen), dass das gegliederte Schulwesen besonders entwicklungsfähig ist. In der jetzigen Modernisierungsphase erweist es sich auch als ausgesprochen leistungsfähig.

**DIE WELT:** Die Bundesforschungsministerin behauptet hier das Gegenteil ...

**Schavan:** Die Linke mag nicht Abstand nehmen von den Ideen der 70er Jahre. Schauen Sie sich nur die Ergebnisse

von Nordrhein-Westfalen an! Dieses Land hat besonders stark an den Gesamtschulen festgehalten und stagniert nun in seiner Entwicklung.

**DIE WELT:** Wie stark ist die deutsche Spitzengruppe im internationalen Vergleich?

**Schavan:** Bayern hat die Weltspitze erreicht. Sachsen, Baden-Württemberg und Thüringen sind auf dem Weg dorthin und haben auch alle Chancen, sie bald zu erreichen. Damit bewahrheitet sich übrigens erneut der Eindruck der letzten Jahre: Wo die Union regiert, läuft es auch in der Bildung besser.

**DIE WELT:** Ist das Nord-Süd-Gefälle in Deutschland überwindbar?

**Schavan:** Die Schere zwischen Ost und West geht inzwischen (entgegen der Behauptung einiger Bildungsforscher und Bildungspolitikern) zusammen. Das ist eines der erfreulichsten Ergebnisse der PISA-Studie. Das Nord-Süd-Gefälle hat sich dagegen noch nicht verringert. Allerdings ist festzustellen, dass sich auch die schwachen Länder zwischen den Jahren 2000 und 2003 entwickelt haben. Unsere gemeinsamen Entscheidungen und Anstrengungen in der Kultusministerkonferenz haben sich demnach bewährt.

# PISA zeigt Überlegenheit der Bildungspolitik der Union

Die PISA-Studie zeigt erneut Mängel in der Bildungspolitik der SPD-regierten Bundesländer. Dort, wo das dreigliedrige Schulsystem ausgehöhlt wurde, so wie dies früher in Nordrhein-Westfalen oder in Schleswig-Holstein der Fall war, sind die Ergebnisse der Schüler schlechter.

Immer noch ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem Kompetenzniveau besonders stark ausgeprägt: Es gibt erfreuliche Verbesserungen wie z.B. in Sachsen-Anhalt, aber die großen Leistungsunterschiede zwischen Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze der Liga und Berlin, Mecklenburg-Vorpommern oder dem bis vor kurzem SPD-regierten Nordrhein-Westfalen am unteren Ende bestehen fort. Weitere Anstrengungen sind notwendig, wenn Schulpolitik in ganz Deutschland erfolgreich sein soll: Sie müssen bei der zügigen weiteren Reform der Kultusministerkonferenz beginnen. Das Einstimmigkeitserfordernis zwingt zu weitgehenden Kompromissen.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule: Der frühkindlichen Bildung kommt elemen-



Maria Böhmer

tare Bedeutung zu. Dazu müssen die Eltern in ihrer Verantwortung und Erziehungskompetenz gestärkt werden. Die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen muss anspruchsvoller gestaltet werden, damit schon im Kindergarten qualifizierte Angebote gemacht werden können. Die Bewertung der Kindergärten durch die OECD zeigt erste Fortschritte.

Fordern und Fördern: Ohne konsequente Leistungsanforderungen kommen wir aus dem Mittelfeld des internationalen Vergleiches der Bildungssysteme nicht hinaus. Die Anforderungen an Lernende müssen deutlich erhöht und regelmäßig bundesweit evaluiert werden. Die seit Herbst 2003 von der Kultusministerkonferenz der Länder erstmals definierten

bundesweit gültigen Bildungsstandards sind hierbei ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der schulischen Bildung.

Bessere Qualität an unseren Schulen: Wer an Schülerinnen und Schüler höhere Leistungsanforderungen stellt, ist in der Pflicht, auch die Lehrkräfte besser zu qualifizieren. Eine solche Fortbildung muss verpflichtend werden; sie sollte überwiegend schulintern und außerhalb der Unterrichtsstunden organisiert werden.

Früher in die Schule, früher aus der Schule und früher in den Beruf: Das Einschulungsalter muss gesenkt und das Abitur bereits nach der 12. Klasse abgelegt werden können. Auch die Studierendendauer kann verkürzt werden.

Deutsche Bildungseinrichtungen, Schule oder Hochschule, müssen mehr Autonomie bekommen: Mehr Freiheit und Verantwortung bei der Festlegung pädagogischer Inhalte sowie bei Budget und Personal einzuräumen, ist von zentraler Bedeutung für nachhaltig erfolgreiche Schulpolitik.

**Maria Böhmer** ist stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion.

Sportpolitische Aussagen 2005

# Beschluss des Gesprächskreises Sport von CDU und CSU vom 13. Juni 2005

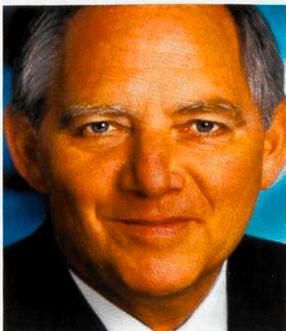
## Präambel

Sport eint, bildet, aktiviert und begeistert, ist integraler Bestandteil unserer Gesellschaft und aus dem täglichen Leben der meisten Bürgerinnen und Bürger nicht wegzudenken. Sport erfasst den Menschen als Ganzen und trägt zur Ausbildung humaner Werte wie Toleranz, Fairness, Leistung, Wettbewerb, Verantwortung, Erkennen eigener Grenzen und Achtung anderer bei.

Die Bedeutung des Sports geht weit über den rein sportlichen Bereich hinaus.

Sport schließt durch seine Wertestruktur Gewalt aus, trägt weltweit zu einem besseren Verständnis für andere Kulturen und Menschen bei, integriert alt und jung und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in unser Gemeinwesen. Sport fördert die Gesundheit und ist für Menschen mit Behinderungen existentielle Lebenshilfe. Die Präsenz in den Medien macht Sport für jeden erlebbar, ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sichert und schafft Arbeitsplätze.

Es ist ein vorrangiges An-



Wolfgang Schäuble ist Vorsitzender des Gesprächskreises Sport von CDU und CSU

liegen der Sportpolitik der CDU und CSU, den Sport in seiner Gesamtstruktur nachhaltig zu unterstützen, seine Autonomie und Eigenverantwortung zu stärken und ihm dort Hilfe zukommen zu lassen, wo er mit eigenen Mitteln seine Zielsetzungen nicht erreichen kann.

CDU und CSU setzen sich für eine Fortsetzung der Finanzierung des Sports durch Mittel aus dem Lotteriewesen ein. Bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie soll der Bereich Lotteriewesen dem Ordnungsrecht zugewiesen bleiben.

## 1. Vereine und Ehrenamt

Die Vereine sind die Basis des deutschen Sports. Die

verlässliche Förderung der Vereine und der dort ehrenamtlich Tätigen sind wesentliche Ziele der Sportpolitik der CDU und CSU. Das 1990 in Kraft getretene Vereinsförderungsgesetz hat die Vereine weitestgehend von steuerlichen Belastungen befreit und Bürokratie abgebaut. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen ist zu prüfen, inwieweit im Steuerrecht Verbesserungen und Vereinfachungen zu einer wirtschaftlichen Stärkung und bürokratischen Entlastung führen können. Die sog. Übungsleiterpauschale sollte auch den Verantwortungs- und Funktionsträgern zukommen.

## 2. Bewegungserziehung/ Schulsport

In jedem Menschen ist die Freude an der Bewegung angelegt. Diese Anlage ist von frühester Kindheit an zu fördern und muss als wesentlicher Bestandteil der ganzheitlichen Erziehung begriffen werden. Sport fördert selbstverantwortliches Handeln, formt die Persönlichkeit, bildet Identität und stärkt gesundheitliches

Wohlbefinden. Vorschulischer Bewegungserziehung und Schulsport kommen eine besondere Bedeutung zu.

### 3. Sport und Gesundheit

Sport und Bewegung leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit.

Die Eigenverantwortung des Einzelnen im Bereich der Gesundheitsvorsorge sollte durch Anreize gestärkt werden. Das Programm des Deutschen Sportbundes „Sport pro Gesundheit“ verbindet hohe Qualitätsstandards und große Effektivität mit Kostenbewusstsein. Prävention durch Sport und Bewegung entlastet unsere Sozialsysteme.

### 4. Sportstättenbau/ Sportinfrastruktur

Intakte Sportstätten und eine Sportinfrastruktur, die die Vielfalt der Sportarten ermöglichen, sind unabdingbare Voraussetzungen für ein reges Sporttreiben in der Breite und Spitze. Sportstätten sind Orte der Begegnungen, der Integration, der sozialen Bindungen, der Freizeitbeschäftigung und aktiven Gesundheitsvorsorge.

Es bleibt eine vorrangige Aufgabe der nächsten Jahre, den Sportstättenbau und die Sportinfrastruktur in den Ländern zu verbessern und

in ganz Deutschland den Sanierungsstau abzubauen.

### 5. Spitzensport angemessen fördern

CDU und CSU bekennen sich zum Leistungsprinzip im Sport, zu einem humanen Spitzensport. Spitzensport ist Anreiz und Herausforderung für den Einzelnen, ist Ausdruck des Leistungswillens der Bürger eines Landes und übt eine wichtige Vorbildfunktion für den Breiten-sport aus. Alle gesellschaftlichen Kräfte sind gefordert, den Spitzensport in der Vielfalt der Sportarten zu unterstützen und den Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern berufliche Perspektiven zu ermöglichen.

Die Sportförderung bei der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Zoll ist für den deutschen Spitzensport unverzichtbar und in bisherigem Umfang beizubehalten.

Bei der gezielten und systematischen Förderung des talentierten Nachwuchses müssen sportliche, schulische und berufliche Bildung aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. CDU und CSU setzen sich für den Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung von Eliteschulen des Sports ein, um sportlichen Talenten den Weg zu Spitzenleistungen zu ebnen.

### 6. „Ja zum Behinderten-sport“ in Breite und Spitze

Leistungen von Menschen mit Behinderungen, ob im Bereich des Breiten- oder Spitzensportes, faszinieren und sind Ausdruck von unbändigem Willen und Einsatz. Sport und Bewegung stärkt die persönliche Leistungsfähigkeit, gibt Selbstvertrauen und ist eine wirk-same Lebenshilfe und erleichtert räumliche und soziale Mobilität.

Die Möglichkeiten und Anreize für Menschen mit Behinderungen, Sport treiben zu können, müssen erweitert werden, der ungehinderte (barrierefreie) Zugang zu Sportstätten und deren Nutzung muss gewährleistet sein und Sportvereine sollen sich für die Integration behinderter Sportler verstärkt öffnen.

### 7. Kampf dem Doping

Die Akzeptanz des Spitzensportes hängt entscheidend von einer glaubwürdigen und erfolgreichen Bekämpfung des Dopings ab. Deshalb muss der Sport alle Maßnahmen für eine konsequente Verfolgung und Ahndung von Dopingverstößen ergreifen. Der Staat hat den Sport im Kampf gegen Doping bei der Dopingforschung und -analytik,

beim Ausbau der Dopinglabore und den Kontrollverfahren nachhaltig zu unterstützen.

Die unangemeldeten Trainingskontrollen haben sich als wirksames Mittel erwiesen und sollten ausgebaut werden. Die nationalen und internationalen Maßnahmen sind zu koordinieren.

CDU und CSU halten ein auf den Spitzensport ausgerichtetes Anti-Doping-Gesetz für überflüssig, solange nicht alle Bereiche des Sports erfasst werden und der Vollzug bisheriger gesetzlicher Regelungen unzureichend umgesetzt wird. Doping muss in allen gesellschaftlichen Bereichen bekämpft werden.

## 8. Sport und Umwelt

Sporttreiben ist in der intakten Natur am schönsten und erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Vorrangiges Ziel ist, eine intakte Natur für Sport und Erholung für kommende Generationen zu erhalten. Die Kooperation von Sport-, Natur- und Umweltschutzverbänden ist zur Erreichung dieser Zielsetzungen zu fördern.

# Sie verpassen was.

Wenn Sie das neue CDUnet noch nicht kennen.

Unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) finden Sie alle Informationen, die Sie für den Wahlkampf brauchen:

- Flugblätter (z.B. zum Unions-Regierungsprogramm)
- Analysen und Argumente (z.B. zum SPD-Wahlmanifest)
- Zitate von Schröder, Fischer und Co.
- Mustertexte
- Online-Shop für Werbemittel
- Forum mit vielen Extras
- und vieles mehr.

CDUnet 

Zur Anmeldung brauchen Sie nur Ihren Namen und Ihre Mitgliedsnummer!

## Angela Merkel zu Truppenbesuch im Kosovo

Bei einem Truppenbesuch informierte sich die Kanzlerkandidatin von CDU und CSU, Angela Merkel, bei den deutschen KFOR-Soldaten über die Lage im Kosovo und die Einsatzbedingungen der Soldaten vor Ort.

Die Kanzlerkandidatin dankte den rund 2.500 Soldaten des deutschen Kontingents für ihr Engagement, „denn ein solcher Auslandseinsatz ist alles andere als selbstverständlich.“ Angela Merkel betonte, dass die Gefährdung deutscher Soldaten bei Auslandseinsätzen „so gering wie möglich“ ausfallen müsse. „Unsere Soldaten müssen trotz des allgemeinen Sparzwanges das Beste an Ausrüstung und Material zur Verfügung haben“, erklärte die Parteivorsitzende. Denn die Bundeswehrangehörigen helfen nicht nur bei der Stabilisierung der konfliktreichen Region, sondern tragen auch maßgeblich zu einem positiven Deutschlandbild im Ausland bei. Im zweiten Teil des Aufenthaltes standen politische Gespräche in Pristina auf dem Programm. Dabei traf Angela Merkel den UN-



Angela Merkel in Begleitung von Friedbert Pflüger (rechts) und Christian Schmidt (Mitte)

Repräsentanten Sören Jensen-Petersen, Präsident Ibrahim Rugova und Premierminister Bajram Kosumi sowie den kosovo-serbischen Politiker Randjel Nojkic.

Im Mittelpunkt der Gespräche mit Rugova und Kosumi stand dabei der Wunsch der Albaner nach schneller Unabhängigkeit. Angela Merkel machte deutlich, dass die Union mit großem Interesse die Kosovo-Standards verfolge und sich für rasche Verhandlungen über den Status des Kosovo einsetzt. Denn dies sei „die Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und die ökonomische Perspektive der Menschen“, betonte Angela Merkel und

lobte darüber hinaus den Wandel in der Region. Es gebe im Vergleich zur Situation vor sechs Jahren „deutliche Fortschritte“, etwa bei der Flüchtlingsfrage. Trotzdem müssten zunächst aber eine Reihe demokratischer und rechtsstaatlicher Bedingungen erfüllt werden. Einer Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien erteilte die Kanzlerkandidatin von CDU/CSU jedoch eine Absage. Bei den Statusverhandlungen müssten aber in jedem Fall die Interessen Belgrads berücksichtigt werden, denn die staatsrechtliche Zukunft der Provinz könne nur mit Zustimmung aller Staaten gelöst werden, erklärte Angela Merkel.

# Der Film – ein wichtiges Kulturgut



Angela Merkel



Bernd Neumann

**Wie jedes Jahr fand auch in diesem Jahr der mittlerweile traditionelle Filmempfang der CDU Deutschlands statt.**

Über 250 Gäste aus der Filmbranche folgten der Einladung der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Angela Merkel, und des filmpolitischen Sprechers der CDU, Bernd Neumann. Als Ehren-gast konnte der Produzent und Regisseur Bernd Eichinger gewonnen werden, einer der erfolgreichsten Filmschaffenden Deutschlands, der mit seiner jüngsten Produktion „Der Untergang“ auch für den amerikanischen Filmpreis „Oscar“ nominiert war. Der Empfang anlässlich der Verleihung des Deutschen Filmpreises bot Künstlern, Produzenten, Regisseuren und sonstigen Filmschaffenden die Gelegenheit, direkt und ungezwungen mit

der Politik ins Gespräch zu kommen.

Die Parteivorsitzende Angela Merkel stärkte dem deutschen Film mit ihrer Begrüßungsrede den Rücken: „Der Film ist ein wichtiges Kulturgut, er bereichert unser aller Leben. Deshalb liegt der CDU die Förderung des deutschen Films sehr am Herzen. Der Erfolg des deutschen Films hängt entscheidend von der Finanzierung ab. Deutsche Filmbudgets sind Schlusslicht unter den großen Filmnationen, deswegen steht die Filmfinanzierung im Zentrum filmpolitischer Debatten. Zur Gegenfinanzierung der Senkung der Körperschaftsteuer hat die Bundesregierung jetzt u. a. die Medienfonds entdeckt. Tatsächlich gibt es hier Handlungsbedarf, da der größte Teil der Gelder aus Medienfonds immer noch in aus-

ländische Filmproduktionen fließt, zum Nachteil des deutschen Films und der damit verbundenen Arbeitsplätze. Statt das Kind mit dem Bade auszuschütten und Medienfonds komplett abzuschaffen, muss man über Alternativen nachdenken,“ so die Vorsitzende in ihrer Rede zu den Rahmenbedingungen für die Filmwirtschaft.

Der Filmproduzent Eichinger schloss sich den Ausführungen der Vorsitzenden an und forderte unter anderem eine spezielle Förderung für den filmischen Nachwuchs: „Für Erstlingsfilme sollte es eine eigene Filmförderung geben!“

Der filmpolitische Sprecher der CDU Deutschlands, der Bundestagsabgeordnete Bernd Neumann, forderte einen Kurswechsel: „Ich begrüße die Aussagen von Angela Merkel, dass wir Rahmenbedingungen für den deutschen Film schaffen müssen, die seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Dazu gehören insbesondere mit EU-Ländern vergleichbare steuerliche Bedingungen, damit mehr Geld nach Deutschland fließt. Wir wollen alles dafür tun, dass das Kino mit möglichst vielen deutschen Filmen eine Zukunft hat.“

## Deutschland wieder handlungsfähig machen

**Die Kommunen begrüßen die Ankündigung Angela Merkmels, im Falle eines Wahlsieges die Föderalismusreform sofort wieder auf die Tagesordnung zu setzen.**

Die Erwartungen der Kommunen an die längst überfällige Föderalismusreform konzentrieren sich auf die Unterbindung des direk-

ten Bundesdurchgriffs auf die kommunale Ebene. Schließlich hat die direkte Überbürdung kostenintensiver Aufgaben auf die Kommunen seitens der rot-grünen Bundesregierung entscheidend zur anhaltenden kommunalen Finanzmisere und dem damit einhergehenden Investitionsrückstand vor Ort beigetragen.

Dem Bund muss es deshalb künftig verwehrt sein, neue Aufgaben unter Umgehung der Länder unmittelbar auf die Kommunen zu über-



Peter Götze

tragen. Diese Forderung, die seitens der Union von Anfang an massiv unterstützt wurde, stieß am Ende sogar

## ANGELA MERKEL ZU BESUCH IM ELYSÉE-PALAST

Frankreich hat Kanzlerkandidatin Angela Merkel einen feierlichen Empfang bereitet. Nach einem Treffen mit Staatspräsident Jacques Chirac wurde die Partei- und Fraktionsvorsitzende von Ministerpräsident Dominique de Villepin und dem Vorsitzenden der Regierungspartei UMP, Innenminister Nicolas Sarkozy, empfangen. „Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich werden unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl von fundamentaler Bedeutung bleiben“, erklärte Angela Merkel im Elysée Palast.

Im Fall ihrer Wahl zum Bundeskanzler will die Par-



Foto: dpa

tei- und Fraktionsvorsitzende an der deutsch-französischen Partnerschaft als „Motor“ der Europäischen Union festhalten. Sie fühle sich der Aufbauarbeit von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle verpflichtet. Allerdings müssten die europapolitischen

Initiativen allen Mitgliedstaaten offen stehen, mahnte Merkel. In diesem Zusammenhang machte die CDU-Vorsitzende deutlich, dass sich Deutschland künftig wieder stärker auf seine Rolle als Anwalt der kleinen EU-Länder besinnen werde.

auf breite Zustimmung in der Reformkommission. Die sture Haltung der SPD im Bereich Bildung führte letztlich zum Scheitern der Reform. Auch die anhaltende Blockade neuer Verhandlungen zeigt die Handlungsunfähigkeit und innere Zerrissenheit der SPD deutlich auf.

Es wird höchste Zeit, dass eine unionsgeführte Bundesregierung wieder Bewegung in die starren Linien bringt. Als Anwalt der Kommunen wissen CDU und CSU dabei die Interessen der Städte, Gemeinden und Landkreise zu schützen.

**Peter Götz** ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Haushaltsrisiko Arbeitsmarkt

**Die Vorlage der aktuellen Finanzzahlen der Bundesagentur für Arbeit machen deutlich, dass der Etatentwurf 2006 von Eichel schon zerbröselte, bevor er im Kabinett formell beschlossen wird.**

Selbst die zur politischen Neutralität verpflichtete Bundesagentur hält den von Eichel und Clement im Haushalt dokumentierten Wegfall des Bundeszuschusses zur Bundesagentur für we-



Steffen Kampeter

nig realistisch. Es zeigt sich, dass allein durch diesen Trick die Verfassungskonformität des Zahlenwerks zerfällt. Im laufenden Jahr ist ein Bundeszuschuss in einer Größenordnung von 4 Milliarden Euro vorgesehen, der wegen sinkender Beitragseinnahmen und Mehrausgaben, z.B. für Ich-AGs, voraussichtlich um mehrere Milliarden höher ausfallen wird. Es gibt keinen erkennbaren sachlichen Grund, weshalb er im kommenden Jahr völlig entbehrlich sein sollte.

Von der Öffentlichkeit bisher weitgehend unbeachtet geblieben ist eine weitere Luftbuchung der Arbeitsmarktpolitik. Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft der Kommunen, die im laufenden Jahr mit 3,2 Milliarden Euro etatisiert ist, soll 2006 völlig entfallen. Auch hier ist kein sachlicher Grund erkennbar. Dies ist eine brutale Kampfansage an

die Kommunen und stellt das mühsam erworbene gegenseitige Vertrauen und die Leistungen der Kommunen in der Arbeitsmarktpolitik in Frage. Es zeigt, mit welchen Buchungstricks allein im Etat Wirtschaft und Arbeit versucht wird, die Etatzahlen zu schönen. Statt Haushaltsklarheit und Wahrheit – Verschleierung und Täuschung in Milliardenhöhe. Eichel und Clement sind als finanzielle Rosstäuscher entlarvt.

**Steffen Kampeter** ist der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss.

## Verbesserungswürdige Lebensmittelsicherheit

**Das Ergebnis des Jahresberichts des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) wirft kein gutes Licht auf den Verbraucherschutz in Deutschland.**

Insgesamt verstößt jeder fünfte Betrieb, der Lebensmittel herstellt, bearbeitet oder verkauft gegen lebensmittelrechtliche Bestimmungen. Besonders häufig wurden in den Betrieben die allgemeine Hygiene sowie die Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln bemängelt.



Ursula Heinen

oberste Priorität. Den Wünschen der Verbraucher nach hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln muss verstärkt Rech-

nunggetragen werden. Dazu brauchen wir einerseits in der EU einheitliche hohe und verbindlich geltende Standards, die andererseits auch für eingeführte Lebensmittel aus Drittstaaten gelten müssen. Mit gezielten Kontrollen müssen die Verbraucher beim Erwerb von Lebensmitteln wirksam vor möglichen gesundheitlichen Risiken und materiellen Nachteilen geschützt werden.

Der Bund ist daher aufgefordert, die Lebensmittelkontrollen der Länder stärker zu koordinieren. Ein einheitliches Durchführungsrecht und bessere Koordination und Kommunikation zwischen Bund und Ländern sowie Bund und EU ist vor allem notwendig, weil nationales Vorgehen und fehlende Abstimmung zwischen Ländern und Bund nur Scheinsicherheit geben.

**Ursula Heinen** ist die Beauftragte für Verbraucher-



Hartmut Koschyk



Thomas Strobl

schutz und Lebensmittelsicherheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

### Flucht aus der Verantwortung nach der Schily-Methode: Die Mitarbeiter sind schuld

**Das Schema ist bekannt. Der sonst so markige Bundesinnenminister versteckt sich einmal mehr hinter den Verfehlungen einiger „übereifrige(r) Mitarbeiter“.**

Bereits in der V-Mann-Affäre im NPD-Verbotsverfahren lag die Schuld nach Schilys Ansicht auch nur bei einzelnen Mitarbeitern. Verantwortung oder gar Konsequenzen des Ministers? – Fehlanzeige. Der Innenminister kopiert nun vor dem Visa-Untersuchungsausschuss die Methode Joschka Fischer: „Schuld sind die Mitarbeiter – ich bin ja nur der Minister und wir machen weiter so.“ Im Visa-Skandal

Daneben wurden von den untersuchten Lebensmitteln wie schon im Vorjahr auch im Jahr 2004 15 Prozent beanstandet. Neben der hohen Zahl bedenklicher Proben ist gerade auch die fehlende Verbesserung dieser Zahl problematisch. Ein schlechtes Ergebnis ist an sich schon tragisch. Wenn dieses Ergebnis sich aber über die Jahre nicht verbessert, dann zeigt sich einmal mehr die fehlende politische Handlungsfähigkeit der rot-grünen Regierung. Auch illegale Umverpackungen und Umetikettierungen von Fleisch scheinen kein Einzelfall zu sein. Dazu zählen auch die bekannt gewordenen Vorwürfe gegen Supermarktketten und Fleisch- und Wurstproduzenten, aber auch direkt gegen Schlachthöfe.

Die gesundheitliche Unbedenklichkeit aller Lebensmittel hat für die Union

schiebt der Minister einmal mehr die Verantwortung weit von sich und sieht „keinen Grund zu irgendeinem nennenswerten Vorwurf gegen mich persönlich oder gegen die Leitung des Hauses.“ Und das bei dem Mann, von dem der Satz überliefert ist: „In meinem Ministerium darf jeder tun, was ich will.“ Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit eklatant auseinander. Aber warum soll für Minister Schilys Führungsqualität etwas anderes gelten, als für seine gesamte Politik?

Die Vorgänge um den Visa-Skandal zeigen eindeutig die Verfehlungen im Bundesinnenministerium und dass Minister Schily sein Haus einmal mehr nicht im

Griff hatte. Die Verantwortung hierfür liegt beim Minister. Die Zeit des Versteckens muss vorbei sein, Herr Schily.

#### Hartmut

**Koschyk** ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Thomas Strobl** ist der Obmann der Fraktion im Innenausschuss.



Katherina Reiche



Michael Kretschmer

## Schwerer Schlag gegen Industrieforschung Ost

**Im Programm INNO-WATT hängen allein aus der Förderrunde 31. März 2005 102 als förderwürdig eingestufte Anträge in der Warteschleife. Dies teilte das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit auf unsere Anfrage mit.**

Diese und alle folgenden Projekte dürften in diesem Jahr nicht mehr bezuschusst werden. Die Bundesregierung hatte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 20. Juni bereits geantwortet, dass voraussichtlich in 2005 keine neuen Projekte mehr bewilligt werden. Trotz den nach massiven Protesten

der mittelständischen Unternehmen und der Forschungs-GmbHs erfolgten Beruhigungsspielen seitens des Bundeswirtschaftsministers – „Die Kritik ist berechtigt“, das Ministerium wolle prüfen, ob der Betrag für INNO-WATT „durch interne Umschichtungen wieder aufgestockt werden“ könne (6. Juli 2005, Sächsische Zeitung) – fließt kein Geld. Förderlücken, die die ostdeutsche Forschung nicht verkraften kann, werden die Folge sein. Das ist ein schwerer Schlag gegen den Aufbau Ost. Die Bundesregierung beweist damit einmal mehr, dass sie die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern abgeschrieben hat und nicht bereit ist, ihre Zusagen einzuhalten.

**Katherina Reiche** ist die forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Michael Kretschmer** ist der zuständige Berichterstatte

### SERVICEPUNKT

#### ■ 7 Jahre Rot-Grün: 7 verlorene Jahre für Deutschland Abschlussbilanz der Regierung Schröder

Download als PDF-Dokument auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter [www.cduscu.de](http://www.cduscu.de). Oder als Printprodukt: Bestellung auf [www.cduscu.de](http://www.cduscu.de), Navigationspunkt „Kommunikation“, Rubrik „Broschüren“.

# Die Partei-Plakate





### Deutschlands Chancen nutzen. Regierungsprogramm 2005-2009

Bestell-Nummer: **5245**  
Preis je 50 Stück: **22,00 €**  
inkl. MwSt.: 23,54 €



### Folder „Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser.“ (Ländervergleich)

Bestell-Nummer: **2865**  
Preis je 50 Stück: **15,25 €**  
inkl. MwSt.: 16,32 €



### Broschüre „7 Jahre Rot-Grün – eine Bilanz“

Bestell-Nummer: **5210**  
Preis je 100 Stück: **21,00 €**  
inkl. MwSt.: 22,47 €



### Plakat „Rot-Grün gescheitert“

DIN A1  
Bestell-Nummer: **7211**  
Preis je 50 Stück: **21,00 €**  
inkl. MwSt.: 24,36 €

DIN A0  
Bestell-Nummer: **7212**  
Preis je 50 Stück: **39,00 €**  
inkl. MwSt.: 45,24 €

## Werbeartikel „60 Jahre CDU“



### **Streichhölzer „60 Jahre CDU“ Schachtel-Set mit 20 verschiedenen Plakatmotiven**

Bestell-Nummer: **9205**  
Preis je 100 Stück: **8,50 €**  
inkl. MwSt.: 9,86 €

### **Kugelschreiber**

Bestell-Nummer: **9204**  
Preis je 100 Stück: **64,50 €**  
inkl. MwSt.: 74,82 €



### **Postkarten-Set „60 Jahre CDU“ 5 verschiedene Motive (1 Set)**

Bestell-Nummer: **9206**  
Preis je 25 Sets: **10,00 €**  
inkl. MwSt.: 11,60 €



UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.



## Broschüre „60 Jahre CDU“ Erfolgreich für Deutschland

Bestell-Nummer: **5208**  
Preis je 25 Stück: **12,25 €**  
inkl. MwSt.: 13,11 €



## „60 Jahre CDU“ – Rede von Angela Merkel anlässlich der Festveranstaltung

Bestell-Nummer: **5246**  
Preis je 50 Stück: **16,50 €**  
inkl. MwSt.: 17,66 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-804 1892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de